

MdL Margit Jung
MdL Dieter Hausold
MdL Mike Huster

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

Bürgerbüro MdL Margit Jung, Markt 12a, 07545 Gera

Freistaat Thüringen
Thüringer Staatskanzlei
Ministerpräsidentin
Frau Christine Lieberknecht
Regierungsstraße 73

99084 Erfurt

Margit Jung
Familienpolitische Sprecherin
(Senioren)

Bürgerbüro

Markt 12a
07545 Gera

Telefon 0365 / 71 28 470
Telefax 0365 / 71 28 480

jung-margit@t-online.de
www.margit-jung.de

Gera, 09.10.2013

2. Offener Brief – Daseinsvorsorge der Stadt Gera nicht aufs Spiel setzen

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Lieberknecht,

in einem Offenen Brief haben wir uns am 1. Juli 2013 mit der dringenden Aufforderung, die Daseinsvorsorge der Stadt Gera nicht aufs Spiel zu setzen, an Sie gewandt.

Vor dem Hintergrund der komplizierten finanziellen Lage der Stadtwerke AG insgesamt und der Geraer Verkehrsbetriebe im Besonderen, haben wir die Notwendigkeit gesehen, klare und vor allem auch schnelle Entscheidungen zugunsten der Unternehmen herbeizuführen, damit nicht ungeordnet das große Infrastrukturprojekt samt Antragsteller GVB in die Handlungsunfähigkeit katapultiert wird. Letztlich würde dadurch die kommunale Daseinsvorsorge der Stadt Gera mit öffentlichem Nahverkehr, Energieversorgung, Wohnungsgesellschaft und städtische Versorgungswirtschaft im Gesamtverbund der Stadtwerke ernsthaft gefährdet, inklusive der vielen Arbeitsplätze, die dort existieren.

Über drei Monate sind seitdem vergangen. In dieser Zeit hat sich die Situation in den Stadtwerken weiter zugespitzt. Wir haben außer einer Eingangsbestätigung vom 22. Juli keine weiteren Kenntnisse über konkrete Aktivitäten von Ihnen oder anderen Mitgliedern der Landesregierung zur Sicherung der Daseinsvorsorge der Stadt Gera erlangt.

Trotz der Ankündigung im Antwortschreiben der Staatskanzlei


„Sie (die Ministerpräsidentin) hat den Innenminister gebeten, den Sachverhalt zu prüfen und Ihnen zu antworten. Auch an die weiteren in der Angelegenheit zuständigen Ministerien wurde Ihr Schreiben übersandt. Eine abgestimmte Antwort wird Sie so bald als möglich erreichen.“

hat uns bis heute keine weitere Mitteilung der Landesregierung erreicht. Wir befürchten, dass die existenzielle Brisanz der Situation der öffentlichen Daseinsvorsorge der Stadt Gera nicht wahrgenommen wurde und wird und keine Entsprechung findet durch eine notwendige unverzügliche lösungsorientierte Bearbeitung.

Wir wiederholen deshalb dringlich unsere Aufforderung vom 1. Juli 2013:

„Sorgen Sie bitte als Ministerpräsidentin dafür, dass über das Innenministerium die Freigabe für eines der Modelle erfolgt und damit der größte zu erwartende Schaden von der öffentlichen Daseinsvorsorge der Stadt Gera abgewendet wird. Handeln Sie ohne Zeitverlust, denn jede weitere Woche des Zuwartens bedeutet geringere Lösungschancen. Sie und auch Frau Dr. Hahn haben beide einen Amtseid geleistet, Schaden abzuwenden.“


Margit Jung


Dieter Hausold


Mike Huster